

30. Mai 2008, 04:00 Uhr

VON INSA GALL

**DER FALL MORSAL UND DIE FOLGEN: DIE BÜRGERSCHAFT DISKUTIERT DEN FALL****Hamburger "Ehrenmord": SPD macht Behörden mitverantwortlich****Es sei nicht alles getan worden, um Morsal vor der Gewalt zu schützen. Schwarz-Grün hält dagegen: "Sind an Recht und Gesetz gebunden"**

Die WELT-Veröffentlichung von gestern über das Senatspapier zum "Ehrenmord" hat gestern erhebliche Wellen geschlagen und für eine heftige politische Auseinandersetzung in der Bürgerschaft gesorgt. Die SPD warf dem schwarz-grünen Senat vor, die Informationen zur Aufarbeitung des Falls zurückzuhalten und die Öffentlichkeit über das Ausmaß seiner Versäumnisse zu täuschen. Die Regierung trage eine Mitverantwortung für den Tod der 16-jährigen Morsal O. Alle Stellen seien irgendwann mit Morsal und ihrer familie befasst gewesen. Geholfen habe ihr am Ende aber niemand.

"Dieser Täter hätte wesentlich früher hinter Schloss und Riegel gehört", sagte der SPD-Innenexperte Andreas Dressel. "Wenn alle Behörden ihre Erkenntnisse über die vielen Gewalttaten und Bedrohungen des Mädchens zusammengetragen hätten, wäre die Gefahr für Leib und Leben offensichtlich gewesen. Dies ist ein schweres Versäumnis, das der Senat zu verantworten hat". Die 16-jährige Morsal O., die Mitte Mai von ihrem Bruder ermordet wurde, hätte nach SPD-Ansicht auch gegen ihren Willen aus der Familie herausgenommen und außerhalb Hamburgs untergebracht werden müssen.

Die WELT hatte gestern neue erschütternde Einzelheiten aus der Leidensgeschichte der Deutsch-Afghanin dokumentiert. Immer wieder war das Mädchen nicht nur von ihrem Bruder und ihrem Vater, sondern auch von der Mutter und der Schwester bedroht und verprügelt worden. In einer Vielzahl der Fälle hatte sie sich an die Polizei gewandt, vor einer Strafanzeige aber oft zurückgeschreckt. Der Kinder- und Jugendnotdienst entließ Morsal wieder in ihre Familie.

Die Einzelheiten ihrer Geschichte ergeben sich aus dem Entwurf einer Senatsantwort auf eine schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion. Dieser Entwurf der Justizbehörde sollte eigentlich am Dienstag vom Senat beschlossen werden, wurde jedoch wegen Abstimmungsbedarfs zwischen den Behörden zurückgehalten. "Man wollte diese Informationen besser aus der parlamentarischen Auseinandersetzung heraushalten", kritisierte Dressel. Dass die GAL sich an der Verschleierung- und Verzögerungstaktik beteilige, sei enttäuschend.

Diesen Vorwurf weist die stellvertretende Senatssprecherin, Brigitte Köhnlein, zurück. Dass GAL und CDU diese Diskussion keineswegs scheuten, lasse sich schon daran ablesen, dass diese Parteien das Thema angemeldet hätten und nicht die SPD. Der Entwurf werde im Übrigen nicht in seiner ursprünglichen Form veröffentlicht. Eine rechtliche Prüfung habe ergeben, dass dies nicht mit dem Sozialdatenschutz vereinbar sei.

Die GAL-Schulsenatorin Christa Goetsch nannte die Tat "zutiefst schockierend". Der Senat sei sich einig, dass alle Menschenmögliche getan werden müsse, um Mädchen und Frauen vor Gewalt zu schützen. Sie kündigte zudem an: "Bei Hinweisen auf eine konkrete Bedrohung durch die Familie soll der Schutz konsequenter umgesetzt werden." Im Fall von Morsal O. sei es nicht gelungen, eine Beziehung zwischen den Betreuern und dem Mädchen aufzubauen. Die 16-Jährige sei zerrissen gewesen zwischen ihrer Bindung an die Familie und dem Angebot staatlicher Hilfe. Da müsse nachgebessert werden, so Goetsch. Die Behörden seien an Recht und Gesetz gebunden, auch wenn man sich gefühlsmäßig wünsche, dass der Täter wesentlich früher ins Gefängnis gesteckt worden wäre, ergänzte die GAL-Jugendpolitikerin Christiane Blömeke. Es wäre unrealistisch gewesen, das Mädchen 24 Stunden am Tag in Obhut zu nehmen. Die Zeugin habe ihre Aussagen zurückgezogen, machte auch die CDU-Rechtspolitikerin Viviane Späthmann geltend. "Es gab keine beweisbaren Tatsachen."

Dies sieht die Opposition anders. Die Linke-Abgeordnete Christiane Schneider sprach davon, dass sich Morsals Leidensgeschichte in der WELT lese wie "die Chronik eines angekündigten Todes". Die SPD geht noch weiter: "Die befassten Behörden haben keinen Zusammenhang zwischen den vielen Gewalt-Vorfällen hergestellt", sagte die SPD-Jugendexpertin Carola Veit. "Hier wurde nicht alles getan, um den Tod des Mädchens zu verhindern. Und dafür trägt der Senat die politische Verantwortung."

**Abnehmen in 7 Tagen?**

5 kg abnehmen pro Woche mit Trimigel Das ist nicht normal.

[www.TRIMGEL.de](http://www.TRIMGEL.de)

**Europameisterschaft 2008**

Fußball in Österreich & Schweiz Alle Infos jetzt lesen!

[www.DerWesten.de/EM](http://www.DerWesten.de/EM)